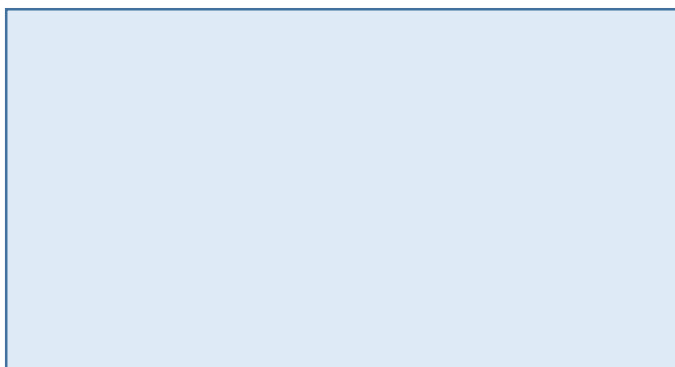




Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

nach der Richtlinie für Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit

1. Antragstellerin oder Antragsteller

Name (der antragstellenden Gebietskörperschaft)		
Straße, Hausnummer	PLZ	Ort
Auskunft erteilt		
Telefon	Fax	E-Mail
Regierungsbezirk	Gemeindekennziffer	Hinweis: Gemeindekennziffer nach dem systematischen Schlüsselverzeichnis (ohne Landeskennziffer)
Gremienbeschluss (Datum, Beschluss-Nummer)		

Bankverbindung	
Institut	Kontoinhaber
IBAN	BIC

2. Beteiligte Körperschaften, Unternehmen und Einrichtungen
bei mehreren Kooperationspartnern bitte auf separatem Blatt einreichen

Name (der beteiligten Körperschaft, des Unternehmens und der Einrichtung)		
Straße, Hausnummer	PLZ	Ort
Auskunft erteilt		
Telefon	Fax	E-Mail
Gremienbeschlüsse der Beteiligten (Datum, Beschluss-Nummer)		

Name (der beteiligten Körperschaft, des Unternehmens und der Einrichtung)		
Straße, Hausnummer	PLZ	Ort
Auskunft erteilt		
Telefon	Fax	E-Mail
Gremienbeschlüsse der Beteiligten (Datum, Beschluss-Nummer)		

3. Bezeichnung des interkommunalen Kooperationsprojektes

Bezeichnung

4. Beschreibung des interkommunalen Kooperationsprojektes

Darstellung und Erläuterung des Kooperationsprojektes aus fachlicher Sicht, Inhalt und Ziel, Erwartungen, Bedeutung für die Entwicklung der beteiligten Körperschaften, Nutzen für Dritte (ggf. Anlage beifügen)

Beschreibung

5. Arbeits- und Zeitplan

voraussichtlicher Projektbeginn, Arbeitsschritte, Zeitbedarf (ggf. Anlage beifügen)

Arbeits- und Zeitplan

6. Ausgaben

Darstellung der unter Nummer 5.2 der Zuwendungsrichtlinie beschriebenen zuwendungsfähigen Ausgaben, die unter Beachtung des Wirtschaftlichkeitsprinzips anfallen im Rahmen einer aufgeschlüsselten Übersicht über die Kosten- und Finanzierungsbestandteile (als Anlage beifügen).

Rechnerische Darlegung, dass durch das interkommunale Kooperationsprojekt eine mindestens 15 %-ige Ausgabeneinsparung erfolgen wird (Effizienzgewinn) oder schriftliche Darlegung, dass ein sonstiger gewichtiger Mehrwert nach Nummer 4.2 der Richtlinie erreicht wird. Der Effizienzgewinn soll in einer Gegenüberstellung der bisherigen Sach- und Personalausgaben der einzelnen beteiligten Kooperationspartner zu den angestrebten gesamten Sach- und Personalausgaben des interkommunalen Kooperationsprojektes dargestellt werden. Die Gesamtausgaben des interkommunalen Kooperationsprojektes sollen mindestens um 15 % niedriger ausfallen als die Summe der bisherigen Ausgaben der Kommunen.

7. Beantragte Zuwendung

Zu den Gesamtkosten nach Nummer 6 wird eine Zuwendung beantragt in Höhe von	Euro

8. Finanzierungsplan

Zuwendung des Landes Nordrhein-Westfalen nach Nummer 7 Beiträge Dritter Eigenmittel Gesamtaufwendungen nach Nummer 6	Euro

9. Beizufügende Unterlagen

Gremienbeschlüsse nebst Begründung	
Aufgeschlüsselte Ausgaben- und Finanzierungsbestandteile nebst Effizienzgewinn oder sonstigem Mehrwert nach Nummer 6	
Ggf. Auflistung weiterer Beteiligter nach Nummer 2	
Weitere beigelegte Anlagen:	

10. Erklärung

Eine Vorsteuerabzugsberechtigung (bitte ein „x“ eintragen)	besteht.	besteht nicht.

Die Antragstellerin oder der Antragsteller erklärt, dass

- a) mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird. Als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werden.
- b) die in diesem Antrag – einschließlich der Anlagen – getätigten Angaben vollständig und richtig sind,
- c) für das interkommunale Kooperationsprojekt andere öffentliche Mittel nicht in Anspruch genommen werden,
- d) unverzüglich angezeigt wird, wenn sich der Verwendungszweck oder sonstige, für die Bewilligung maßgebliche Umstände ändern oder wegfallen,
- e) ihr bzw. ihm bekannt ist, dass die Angaben im Zuwendungsantrag und in den dazu eingereichten Unterlagen für die Gewährung bzw. Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung und somit subventionserheblich nach § 264 StGB sind und ihr bzw. ihm die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt ist sowie
- f) sie oder er unverzüglich alle Tatsachen mitteilen muss, die der Bewilligung oder dem Belassen der Subvention entgegenstehen (§ 3 SubvG).

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschriften

Dienstsiegel

Hinweis:

Bitte den Antrag nach dem elektronischen Ausfüllen ausdrucken und unterschreiben. Bitte senden Sie die Antragsunterlagen für eine erleichterte Bearbeitung elektronisch und postalisch an die zuständige Bezirksregierung ab.